

Berlin

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf verabschiedet, womit abgesichert werden soll, dass AKW-Betreiber sich nicht durch Umstrukturierung von den Kosten für Stilllegung und Entsorgung der Atommeiler befreien können. **Seite 6**

Brüssel

Die EU-Kommission will für Euro-6-PKW ein NO₂-Limit einführen. Die geplanten Schadstofftests auf Straßen sollen allerdings mehr als doppelt so hohe Werte wie im Labor zulassen. 2020 soll die zulässige Abweichung auf 50 Prozent sinken. **Seite 8-9**

Paris

Kurz vorm UN-Klimagipfel Ende November in Paris verdichteten sich die Zweifel daran, ob die Selbstverpflichtungen der UN-Staaten dazu ausreichen werden, die globale Erderwärmung bis 2100 auf zwei Grad zu begrenzen. **Seite 13**



30 Jahre Düngen und Spritzen

Foto: Erich Westendarp/pixelio.de

Gülle wird hierzulande teilweise in viel zu hohen Mengen auf die Äcker gebracht. Das belastet das Grundwasser mit Nitratgehalten weit über die zulässigen Grenzwerte hinaus.

Was mittlerweile zum Politikum geworden ist und nicht nur Naturschützer und Wissenschaftler kritisieren, war vor dreißig Jahren noch neu: die „Umweltprobleme der Landwirtschaft“. So titelte der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) 1985 sein Sondergutachten und kam damals zu Forderungen, die auch heute noch gelten, weil viele Probleme von ehedem auch heute noch ungelöst sind. Die Bilanz nach drei Jahrzehnten, die nun frühere SRU-Mitglieder gemeinsam mit dem Umweltbundesamt (UBA) ziehen, ist „eklatant“, „erschütternd“ und „niederschmetternd“, beklagen sie. Das, was die Landwirtschaft einst geschaffen habe, sagt der seinerzeit dem SRU vorsitzende Münch-

ner TU-Ökologe Wolfgang Haber, „etwa neue Arten durch Anlage von Wiesen, Weiden und Hecken, hat sie im Laufe der Jahrzehnte wieder zerstört“. Das erkannte man schon vor 30 Jahren. Doch nach wie vor seien Arten und ihre Biotope in unseren Agrarlandschaften im Rückgang, so Haber. „Die Situation des Schutzgutes Biodiversität“, heißt es heute, „hat sich seit 1985 tendenziell weiter verschlechtert.“ Trauriges Beispiel dafür sind Feldlerche, Kiebitz & Co. Mehr als 40 Prozent der Feldvogelarten, die 1980 auf den Äckern noch ihr Auskommen hatten, sind laut dem UBA heute verschwunden. Auch die absolute Zahl der Ackervogel habe sich mehr als halbiert.

Fortsetzung auf Seite 2

INHALT

Merk-Würdiges / Impressum 2-3

- UN-Jahr des Bodens geht zu Ende
- Kommunale Investitionen

Aus Kommunen und Regionen 4

- Köln: Öko-Schulhof für alle
- Waghäusel: Wasseraufbereitung

Aus Unternehmen und Forschung 5

- McNachhaltigkeitsbericht
- Abwärtstrend der Nawaros

Abfall 6

- Leitlinien für Alttextilien
- Atomausstieg: Konzerne haften

Immissionsschutz 7

- Glyphosat: BfR unter Druck

Brüsseler Fahrplan 8-9

- Schadstoffe aus Kraftwerken werden begrenzt

Energie 10

- Erdkabel vs. Freileitung
- Gebäudepass in Frage gestellt

Naturschutz 11

- Grünbrücken

Mobilität 12

- Vier Mal Elektromobilität

Klima 13

- Wunschdenken für Paris

Publikationen 14

Bürgerinfo Feuchte im Raum 15

Fortsetzung von Seite 1

„Eine eingriffsfreie Landwirtschaft kann es nicht geben“, räumt der SRU-Chef von 1985, Wolfgang Haber, ein. Es sei aber zumindest ein Netzwerk zu schaffen, das Büsche, Hecken und Biotope miteinander verbinde, sagt er. Und die müssten natürlich gepflegt werden. „Diese Dauerarbeit können nur die Landwirte selbst übernehmen. Und das müssen wir auch honorieren“, sagt Haber.

Doch die Vorgaben für die Bereitstellung ökologischer Vorrangflächen im Rahmen des Greenings der EU-Agrarpolitik sei derart verwässert worden, kritisieren UBA und SRU, „dass von ihrer Umsetzung voraussichtlich wenig Positives für die Biodiversität zu erwarten ist“. Auch Zwischenfrüchte und Eiweißpflanzen dürfen auf die Vorrangäcker intensiv angebaut werden – mit Wirtschaftsdünger- und bei Eiweißpflanzen auch mit Pestizideinsatz. „Die Ackerbegleitflora und -fauna hat damit wenig Chancen“, stellt die Bilanzstudie fest. „Öffentliche Mittel nur noch für öffentliche Leistungen“, so die Forderung der Umweltbehörde und der Regierungsberater. Zwar sei die Pestizidbelastung des Grundwassers seit 1985 zurückgegangen, sagt UBA-

Präsidentin Maria Krautzberger: „Das ist vor allem eine Folge der strengen Zulassung der Stoffe in Deutschland und der EU.“ Doch die Stickstoffbelastung sei weiterhin hoch und habe sich sogar in viehstarken Regionen in den vergangenen dreißig Jahren verschlechtert. Zu viel Gülle lasse dort die Nitratmengen im Grundwasser über die Grenzwerte schnellen.

„Die Viehhalter haben zu viele Tiere“, beschreibt der mittlerweile emeritierte Agronom Alois Heißenhuber von der TU München das Problem. Es habe eine Spezialisierung stattgefunden ohne Produktion eigener Futtermittel. Die Gülle besteht zu 90 Prozent aus Wasser und müsste eigentlich aus den Gebieten mit hohem Nutztierbestand 100, 200 oder gar 300 Kilometer weit transportiert werden, um sie in viehlose Regionen zu bringen. Doch das sei nicht rentabel, sagt Heißenhuber. „Die Transportkosten wollen die Landwirte einsparen und heben die Gülle auf benachbarte Felder.“ In solchen Mengen, die die Kapazität der Äcker bei weitem übersteigen. „Wir brauchen Vorschriften, die die Landwirte zur ökologisch vertretbaren Verwendung

der Gülle zwingen“, fordert Heißenhuber. Zudem müssten wirksame Kontrollen her. „Das Ordnungsrecht bleibt in der Landwirtschaft nach wie vor schwach“, sagt SRU-Generalsekretär Christian Hey. Nur unter dem Druck der EU-Kommission, die wegen der zunehmenden Nitratbelastung des deutschen Grundwassers eine Klage vorm Europäischen Gerichtshof androhte (s. UB 17/10, S. 10), wird es eine Novelle der Düngeverordnung geben. Doch im aktuellen Entwurf seien keinerlei Sanktionen enthalten, bemängelt Hey. Wegen der viel zu hohen Stickstoffeinträge aus der Landwirtschaft sei eine Strategie erforderlich, „die das Gesamtproblem erfasst“, meint Hey. Seinen Worten nach will das Umweltministerium bis Mitte des kommenden Jahres ein solches Papier vorlegen. (tb)

► Die UBA/SRU-Bilanz nach 30 Jahren des Sondergutachtens von 1985 als PDF (368 S.) unter www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_28_2015_umweltprobleme_der_landwirtschaft.pdf

► Ein 16-seitiges Hintergrundpapier dazu steht zum Download bereit unter www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltprobleme-der-landwirtschaft-30-jahre-sru

Impressum: **WALHALLA**

Redaktionsleitung:
Tim Bartels (v.i.S.d.P.)
Bartels.Tim@WALHALLA.de

Autoren:
Dr. Ralph Ahrens (ra), Tim Bartels (tb)
Martin Bopp (mb), Christian Dany (cd)
Marcus Franken (mf), Barbara Frey (baf)
Andreas Greiner (ag), Bernward Janzing (bj), Leo Frühschütz (lf), Benjamin Haerdle (hb), Hartmut Netz (hn), Hans-Christoph Neidlein (hcn), Dr. Roland Knauer (rk), Oliver Ristau (ori), Peter Trechow (pt) sowie der Juristische Literatur- und Pressedienst (jlp)

Redaktionsanschrift:
Walhalla u. Praetoria Verlag GmbH & Co. KG
Redaktion UmweltBriefe
Schiffbauerdamm 5 · 10117 Berlin

Druck: Wahl-Druck GmbH, Aalen

Kundenservice:
Walhalla u. Praetoria Verlag GmbH & Co. KG
Wöhrdstraße 12-14 · 93059 Regensburg
Telefon: 0941 5684-210 · Telefax: 0941 5684-111

Copyright: © Walhalla u. Praetoria Verlag GmbH & Co. KG, Regensburg
Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion (ausgenommen die Bürgerinformation bei Abonnement)

Bezugsbedingungen:
UmweltBriefe erscheinen 24 Mal im Jahr. Der Jahresbezugspreis beträgt 279,- Euro (inkl. Versandkosten); Studentent- und Auszubildende zahlen 149,- Euro (Bescheinigung erforderlich)
Das Jahresabonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, sofern es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugsjahres gekündigt wird.
Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu bearbeiten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

ISSN: 1866-0037
www.umweltbriefe.de
www.WALHALLA.de

RAL-UZ 14
Recyclingpapier

Ein Foto – und was dahinter steckt

Hohe Handwerkskunst



Foto: Anje Hansen-Käding

Dieses Bild einer Kopfsteinpflasterstraße, gesäumt von mächtigen Eichen, hat den BUND überzeugt: Das ist die Allee des Jahres 2015. Sie ist etwa 500 Meter lang und liegt im niedersächsischen Landkreis Verden. „Es gibt nur noch sehr wenige in ihrer Ursprünglichkeit vollständig erhaltene Kopfsteinpflasterstraßen dieser Art“, sagt Katharina Brückmann, Alleexpertin beim BUND Mecklenburg-Vorpommern. „Unsere Verfahren haben die Steine für solch eine Straße per Hand bearbeitet und verlegt.“ Und die vielen Alteichen rechts und links des Weges dienen von der Wurzel bis zur Krone als Lebensraum für tausende Tiere, Pflanzen und Pilze. „So sind zum Beispiel etwa 400 Schmetterlingsarten direkt oder indirekt auf Eichen angewiesen“, sagt Brückmann. (tb)

Zustand der Böden in Europas Landwirtschaft

Auf, auf, bau Humus auf!

Das Jahr des Bodens geht zu Ende. Es gab ein paar Veranstaltungen dazu, doch ohne Folgen. Enttäuschend findet es der EU-Abgeordnete Martin Häusling daher dass 2015 „keine substantiellen Fortschritte zum Schutz unserer Böden gebracht hat“. Der agrarpolitische EU-Sprecher der Grünen präsentierte kürzlich eine Studie darüber, welche Therapie die Böden benötigen. Die Bundesregierung sagt, Boden sei Nationalsache. „Ich halte das für falsch“, betont Häusling. Seiner Auffassung nach sollte in die Cross Compliance der Agrarreform, also in die gute fachliche Praxis der Landwirte, auch mit eingehen, wie man den Boden behandelt. In der EU gehen laut Studie 970 Mio. t Boden jedes Jahr durch Erosion verloren. „Genug Erde um die gesamte Stadt Berlin einen Meter anzuheben“, sagt Autorin Andrea Beste. Europas Böden bräuchten ein Humusaufbauprogramm, fordert die Agrarwissenschaftlerin.

Gülle und Gärreste hätten allerdings nicht dieselbe humusfördernde Wirkung im Boden wie Kompost oder Festmist. „In vielen Versuchen wurde bei konsequent organischer Düngung trotz konventioneller Bodenbearbeitung kein Humusschwund ermittelt“, schreibt Beste. Mineralischer Dünger könne das nicht ersetzen. Werde der Boden nicht mehr gepflügt – wie es

mittlerweile als Erosionsschutz vermehrt empfohlen wird –, würden Erntereste nicht mehr eingearbeitet und der Unkraut und Schädlingsdruck stark erhöht. Das umstrittene Gift Glyphosat (s. S.7) stünde dann als Totalherbizid an der Tagesordnung. Erosionsschutz lasse sich alternativ auch mit Zwischenfrüchten und Untersaaten erreichen, sagt Beste. Sie empfiehlt den Ökolandbau, da dessen Landwirte typischerweise mit organischem Dünger und humusbalancierten Fruchtfolgen arbeiteten.

„Vorsorgender Bodenschutz sollte dringend mehr in den Fokus rücken“, sagt auch Thomas Strassburger, der sechs Jahre lang in der EU-Kommission an der geplanten Bodenrahmenrichtlinie mitarbeitete (s. UB 19/12, S.13). Die scheiterte bekanntlich am Widerstand Deutschlands. Nun könnte es einen „Neustart“ geben, sagt Strassburger, der nun im Umweltministerium für Bodenschutz zuständig ist. Am 19. Oktober traf sich erstmals eine Soil Expert Group der Kommission, um übers weitere Vorgehen der Bodenschutzpolitik nachzudenken. Für den EU-Grünen Häusling gibt es da kein Vertun: „Ökologische Agrarsysteme bieten ein Vielfaches an Boden- und Ressourcenschutz und müssen endlich Leitbild werden.“ (tb)

► www.martin-haeusling.eu/images/Bodenstudie_BESTE_Web.pdf

KFZ-Emissionen

Umweltbundesamt soll es richten

Verkehrs- und Umweltverbände haben einen Brief an die Bundeskanzlerin geschrieben: Nicht mehr das Kraftfahrtbundesamt (KBA), sondern das Umweltbundesamt sollte künftig über die Abgasvorschriften wachen, fordern sie. „Das KBA und das Verkehrsministerium halten wir für ungeeignet, den VW-Skandal aufzuklären“, sagt Jens Hilgenberg. Minister Dobrindt, so der BUND-Experte, werde nur das „aufklären, was wir ohnehin schon wissen“: Dass Euro-6-Diesel nicht, wie erlaubt, nur 80 mg NOx/km ausstießen, sondern mehr als das Sechsfache davon.

Die Bundesregierung hatte das ja schließlich bereits Ende des vergangenen Jahres gegenüber der EU-Kommission eingeräumt und erklärt, dass „die NOx-Emissionen von Fahrzeugen im realen Fahrbetrieb deutlich höher liegen“ als zu erwarten gewesen wäre (s. UB 25-26/14, S.7). Doch Nachkontrollen

und Abmahnungen fanden nicht statt. „Unterstützen Sie den Vorschlag der EU-Kommission zur Einführung von RDE-Messungen, die sofort beginnen sollten“, appellieren die Verbände an Angela Merkel. RDE steht für Real Driving Emissions, ein Verfahren, bei dem man die NOx-Werte im realen Verkehr misst. Die Kommission schlägt allerdings vor, dass bis 2020 bis zu 60 Prozent vom NOx-Grenzwert abgewichen werden dürfe, danach noch um 17 Prozent (s. UB 21/15, S.9). Das lehnen die Umweltschützer ab. Vielmehr sollten geltende Schadstofflimits „eins zu eins in der Realität eingehalten werden“. Für kleinere Diesel wird das schwer. Dessen Abgasreinigung sei zu teuer, heißt es. Dietmar Oeliger vom Nabu geht daher davon aus, dass es „in der Polo-Klasse bald keinen Diesel mehr geben wird“. (tb)

► www.duh.de/uploads/media/Offener_Brief_Abgasskandal_191015_01.pdf

Öffentliche Investitionen

Im kommunalen Teufelskreis

Schlaglöcher in den Straßen, stinkende Schulklos, dicht gemachte Schwimmbäder: Die öffentliche Infrastruktur fährt immer mehr auf Verschleiß, weil darin zu wenig investiert wird. Um das klammen Kommunen wieder zu ermöglichen, sollten deren Sozialausgaben vom Bund übernommen und Kommunalunternehmen gestärkt werden, empfiehlt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Dessen Untersuchung zufolge klafft in Deutschland eine Investitionslücke von knapp 132 Mrd. Euro. Geld, das die Gemeinden gerne in die Reparatur ihrer Wege und Gebäude gesteckt hätten. Doch ihre Kassen sind leer.

Das DIW hat erstmals die Investitionen sämtlicher 398 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland zusammengetragen und verglichen. „Wir sehen ein starkes Nord-südgefälle“, sagt DIW-Mitarbeiter Ronny Freier. In Mecklenburg-Vorpommern werden im Schnitt pro Einwohner 150 Euro investiert. Dreimal soviel geben Bayerns Kommunen aus. 2013 investierte der Landkreis München mit 724 Euro pro Einwohner fast 700 Euro mehr als die niedersächsische Stadt Wilhelmshaven (35 Euro). Ein Ostwestgefälle sei nicht zu erkennen, sagt Freier. Zwar seien die Investitionen durch den sinkenden Solizuschlag im Osten zurückgegangen. „Nur 25 Prozent der ostdeutschen Kommunen erreichen noch den Bundesdurchschnitt.“ Doch auch in NRW zählen Bielefeld, Hagen, Duisburg seit Jahren zu den zehn investitionsärmsten Kommunen.

Den Teufelskreis erklärt Martin Gornig vom DIW so: Wenn eine Stadt hohe Sozialausgaben leiste, habe sie kaum Mittel zur Verfügung, um ihre Infrastruktur zu renovieren. Das mache die Region wirtschaftlich unattraktiv. Die Folge: immer weniger Arbeitsplätze, immer mehr Hartz-IV-Benzieher, kein Geld für Investitionen übrig. Dieses Problem wird sich laut DIW verschärfen, wenn der Bund nicht dagegensteuert.

Der Staat, rät das DIW, solle daher die Kosten für Miete und Heizung bei Sozialhilfeempfängern übernehmen. Diese Entlastung der Kommunen von ihren Sozialausgaben würde den Bund 11 Mrd. Euro kosten. Zudem sollten die kommunalen Steuereinnahmen beim Länderfinanzausgleich nicht wie bisher nur zu 64, sondern zu 100 Prozent angerechnet werden. Die Länder könnten dann ihren prekären Gemeinden wieder mehr Geld für Investitionen zustecken. (tb)

► Den DIW-Wochenbericht 43 als PDF unter www.diw.de/sixcms/detail.php/517381

Aus Kommunen und Regionen

SCHLESWIG-FLENSBURG – Tierwohl. Einer von zehn Förderbescheiden von Land und EU für 2015 geht nach Taarstedt. Landwirt Petersen plant mit den 294 000 Euro Fördergeld einen Liegeboxen-Laufstall für 150 Milchkühe mit ganztägigem Weideauslauf. Weitere Kriterien, die Petersen erfüllen muss: Es darf nur soviel Gülle anfallen wie seine Äcker aufnehmen können. Ohne Förderung würden solche Ställe nicht gebaut, sagt Agrarminister Robert Habeck. (mb)

► MELUR Schleswig-Holstein, Presse, Nicola Kabel Mercatorstr. 3, 24106 Kiel, Fon 0431/988-7201 Fax -7137, www.melur.schleswig-holstein.de

HAMBURG – Luftreinhaltungspolitik. Laut dem BUND zeigen die amtlichen Messergebnisse der ersten drei Quartale, dass die NOx-Konzentrationen an drei von vier straßenbezogenen Messstationen zunehmen und damit deutlich über dem zulässigen Grenzwert liegen. Der Umweltverband fordert den Senat auf, umgehend zu handeln, zumal die Hansestadt von der EU dazu verurteilt sei. Hauptursache für die NOx-Belastung seien Dieselaautos. (mb)

► BUND Hamburg, Paul Schmid, Lange Reihe 29 20099 Hamburg, Fon 040/600387-12, presse.hamburg@bund.net, www.bund-hamburg.de

OBERHAVEL – Gärreste verklappt. Das Landeskriminalamt Brandenburg hat Büro und Biogasanlage eines Landwirts in Zehdenick durchsucht. Aus dem Betrieb sollen Gärreste illegal in den angrenzenden Wald entsorgt worden sein. Erste Bäume und andere Pflanzen seien bereits abgestorben. Die Landtags-Grünen fordern schärfere Kontrollen der 400 Biogasanlagen im Land. Bei fast der Hälfte der nur 55 Kontrollen im Jahr seien umweltrelevante Mängel beanstandet worden. (mb)

► B'90/Grüne Brandenburg, Landtagsfraktion Benjamin Raschke, Alter Markt 1, 14467 Potsdam Fon 0331/966-1724 Fax -1702, benjamin.raschke@gruene-fraktion.brandenburg.de

DATTELN – Kohlekraftwerk. Der BUND NRW hat den Erörterungstermin der Bezirksregierung Münster zum Neuantrag für die immissionsschutzrechtliche Genehmigung des Kohlekraftwerkblocks IV aus Protest verlassen. Eon lasse in den Antragsunterlagen ein anderes Kraftwerk errichten als tatsächlich gebaut werde, so der Einwand. Der Konzern habe selbst bestätigt, dass der Kühlturm so gebaut sei, dass darin, anders als beantragt, ein Durchmischen der Abluft gezielt unterbunden werde. So emittiere der Betrieb mehr Schadstoffe. (mb)

► BUND NRW, Dirk Jansen, Merowinger Str. 88 40225 Düsseldorf, Fon 0211/30200522, dirk.jansen@bund.net, www.bund-nrw.de/datteln/

DORTMUND – Nachhaltigkeitspreis. Die Stadt will mit dem 2014 gewonnenen Preisgeld Wildblumen im Verkehrsgrün pflanzen und eine Solarstromanlage finanzieren, deren Erträge in soziale Projekte fließen sollen. Die Allianz Umweltstiftung hatte 35 000 Euro ausgelobt für die nachhaltigste Großstadt 2014. (mb)

► Allianz Umweltstiftung, Projektmanagement Peter Wilde, Pariser Platz 6, 10117 Berlin Fon 030/206715-9550, info@allianz-umweltstiftung.de, www.allianz-umweltstiftung.de

DÜSSELDORF – Grundwassersanierung. Die Stadt baut drei ihrer 20 Aufbereitungsanlagen ab, darunter eine der größten: An der Jacobistraße wurden in 19 Jahren 940 kg Chlorierte Kohlenwasserstoffe (CKW) aus der Schadstofffahne eines ehemaligen Reinigungsbetriebes gefiltert. Die beiden anderen Anlagen haben 170 kg CKW und 142 kg Chromate in die Aktivkohle gesogen. Das Grundwasser könne nun bedenkenlos genutzt werden, so das Umweltamt. (mb)

► Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Kommunikation, Volker Paulat, Postfach 101120, 40002 Düsseldorf, Fon 0211/89-93101, Fax -94179, presse@stadt.duesseldorf.de, www.duesseldorf.de

KÖLN – Öko-Schulhof für alle. Damit hat die Gesamtschule Holweide beim Bundeswettbewerb „Schulhöfe der Zukunft 2015“ die Jury der Stiftung Lebendige Stadt und der Deutschen Umwelthilfe überzeugt. Die Schüler haben die weitläufigen Grünflächen in eigenen Projekten gestaltet, eine Streuobstwiese und einen Schulgarten angelegt. Es gibt mehrere Grüne Klassenzimmer und eine BMX-Rennbahn. Die Flächen sind auch für die Anwohner geöffnet. (mb)

► Gesamtschule Holweide, Leiterin Claudia Högner Burgwiesenstr. 125, 51067 Köln, Fon 0221/969 53-0 Fax -200, 183726@schule.nrw.de, www.gehw.de und www.deinschulhof.de

BAD BERLEBURG – Wisente. Das Landgericht Arnsberg hat entschieden, dass der Verein Wisent-Welt-Wittgenstein die frei laufenden 17 Wildrinder von den Grundstücken zweier geschädigter Waldbauern mit „geeigneten Maßnahmen“ fernhalten muss. Eine einstweilige Verfügung war ausgesetzt worden, nachdem Verein und Land Ausgleich für Schältschäden gezahlt hatten. (UB 19/14 u. 22/14). Der Verein will die Herde nun mit attraktiven Futterstellen lenken. (mb)

► Trägerverein Wisent-Welt-Wittgenstein e.V. Bernd Fuhrmann, Poststr. 40, 57319 Bad Berleburg, Fon 02751/920 55-35, Fax -34 info@wisent-welt.de, www.wisent-welt.de

LEIPZIG – Umweltzone wirkt. Dies beweist das Langzeitmonitoring des Leibniz-Instituts für Troposphärenforschung und des Sächsischen Landesamtes für Umwelt.

Dank Umweltzone werde die Fahrzeugflotte in der Stadt nun beschleunigt modernisiert; zudem habe der Schwerverkehr durch Umleitung nachgelassen; entlang von Straßen werden deutlich weniger Ruß und ultrafeine Partikel sowie stagnierende NOx-Werte gemessen. Im Feinstaub seien zwar die toxischen Bestandteile reduziert worden, nicht aber die Gesamtmenge. (mb)

► Der Teilbericht 3 steht bereit unter <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/23885>

► Leibniz-Institut für Troposphärenforschung (TROPOS), Öffentlichkeitsarbeit, Tilo Arnhold Permoserstr. 15, 04318 Leipzig, Fon 0341/2717-7189 Fax -997060, tilo.arnhold@tropos.de

WAGHÄUSEL – Wasseraufbereitung. Im Rheintalbad der badischen Stadt läuft eine Filteranlage ein Jahr zur Probe. Die neuartige Membrantechnik soll aus dem Wasser kleinste Partikel, Bakterien und auch gelöste Stoffe herausfiltern sowie Desinfektionsnebenprodukte verringern und so die Umwelt und die Gesundheit der Schwimmer schonen. Dies ermöglicht ein Mix aus Ultra- und Nanofiltration. Die DBU unterstützt das Vorhaben mit 400 000 Euro. (mb)

► DBU – Deutsche Bundesstiftung Umwelt Franz-Georg Elpers, An der Bornau 2, 49090 Osnabrück, Fon 0541/9633521, Fax 0541/9633198 presse@dbu.de, www.dbu.de

FREIBURG – 25 Jahre Umweltdezernat. Die Breisgauer reklamieren für sich, 1990 als erste Stadt im Südwesten ein Umweltdezernat gegründet zu haben. Zunächst hatte es nur das Garten-, Forst- und Umweltschutzamt und den Eigenbetrieb der Abfallwirtschaft unter sich. Später kamen das Amt für Schule und Bildung mit Planetarium und die Stabsstelle Bildungsmanagement hinzu. Dafür fusionierte das Gartenamt mit dem Tiefbauamt. (mb)

► Stadt Freiburg, Martina Schickle, Rathausplatz 2-4, 79098 Freiburg, Fon 0761/201-1350 pressereferat@stadt.freiburg.de, www.freiburg.de

CH-DÖTTIGEN – Kernkraft. Der Reaktor-druckbehälter des Schweizer AKW Beznau weist laut einem Bericht des *Tagesanzeigers* mehr als 900 Risse und Löcher auf. Dies sei bei der Hauptrevision festgestellt und der Kontrollbehörde Ensi gemeldet worden. Die beiden belgischen AKW Tihange 2 und Doel 3 gleicher Bauart waren im März 2014 wegen ähnlicher, aber größerer Schäden vom Netz genommen worden. Trotz Atomausstiegsbeschlusses wollen die Schweizer ihr ältestes AKW nach 45 Jahren nicht stilllegen, moniert die Energiestiftung SES. (mb)

► Schweizerische Energie-Stiftung SES, Valentin Schmidt, Sihlquai 67, 8005 Zürich, Fon 0041-(0)44/27521-21, Fax -20, valentin.schmidt@energiestiftung.ch, www.energiestiftung.ch

Aus Unternehmen und Forschung

+++ Für die Mehrheit kleiner und mittlerer Unternehmen ist Größenwachstum kein Ziel. Für viele Betriebe steht stattdessen die Frage im Mittelpunkt, wie sich unabhängig vom Größenwachstum langfristig erfolgreich wirtschaften lässt. Das ergab eine Online-Umfrage des Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Die Mehrheit der 700 Unternehmen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, die an der Befragung teilnahmen, konzentrierten sich statt auf quantitative auf qualitative Entwicklungsziele wie Innovationsfähigkeit, langfristige Beschäftigung oder bessere Lebensqualität in der Region, stellt IÖW-Forscher Thomas Korbun fest. Die Umfrage ist Teil des Forschungsprojektes „Postwachstumspioniere“. (hn)

► Die Studie *Wie wichtig ist Wachstum für KMU?* steht bereit unter www.ioew.de/publikation/wie_wichtig_ist_wachstum_fuer_kmu

► Die Broschüre *Wir sind so frei. Elf Unternehmen lösen sich vom Wachstumspfad* als PDF unter www.ioew.de/fileadmin/user_upload/BILDER_und_Downloaddateien/Publikationen/2015/Wir_sind_so_frei_-_Elf_Postwachstumspioniere.pdf

► IÖW, Heike Mewes, Potsdamer Str. 105
10785 Berlin, Fon 030/884594-54, Fax 030/8825439
heike.mewes@ioew.de

+++ Nachhaltigkeitskodex. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung und die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) haben einen Branchenleitfaden zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex entwickelt. Das Papier soll speziell kleinen und mittleren Unternehmen der Ernährungsbranche zur Orientierung dienen. Für viele Lebensmittelhersteller sei nachhaltiges Wirtschaften bereits unabdingbar, sagt BVE-Geschäftsführer Christoph Minhoff. Denn ohne eine intakte Umwelt, eine kaufkräftige Gesellschaft und gesunde Konsumenten seien ja gar keine Gewinne möglich. Vom Jahr 2017 an müssen alle kapitalmarktorientierten Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten über ihre Nachhaltigkeitsaktivität berichten. (hn)

► Der BVE-Branchen Leitfaden zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex als PDF unter www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de/fileadmin/user_upload/dnk/Leitfaden_BVE_DNK.pdf

► www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de

► BVE, Anne Vollmer, Claire-Waldorff-Str. 7
10117 Berlin, Fon 030/200786-152, Fax -299
avollmer@bve-online.de, www.bve-online.de

+++ Phosphorrecycling. Ein neues Verfahren für die Phosphorrückgewinnung aus Klärschlamm soll in Karlsruhe in einer Pilotanlage erprobt werden. Mit dem von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderten Verfahren, das die Schweizer Biotechnologiefirma Ava CO2 bereits im Labor getestet hat, lässt sich Dünger herstellen.

Das Verfahren, versichert Thomas Kläusli von Ava CO2, sei besonders effizient und kostengünstig. Denn der Klärschlamm werde zunächst in Kohle umgewandelt. Dadurch entstünden gleich zwei wirtschaftlich interessante Produkte: Pflanzendünger und Klärschlammkohle, die als Ersatz für Braun- oder Steinkohle eingesetzt werden könne. Phosphor ist ein für alle Lebewesen essentieller Stoff, der in nicht allzu ferner Zukunft knapp werden könnte. (hn)

► AVA-CO2 Schweiz AG, Thomas M. Kläusli
Baarerstr. 20, CH-6304 Zug, Fon 0041417270970
media@ava-co2.com, www.ava-co2.com

+++ McNachhaltig. Burgerbrater McDonalds hat seine Restaurants hierzulande komplett auf Ökostrom umgestellt und damit seinen CO₂-Ausstoß um vier Fünftel gesenkt. Das berichtet der Fastfood-Riese in seinem Nachhaltigkeitsreport, den das Unternehmen zum fünften Mal erstellt hat. In den Restaurants habe man umfangreiche Energiesparmaßnahmen umgesetzt, heißt es in dem Papier. Demnach wird ein sorgsamer Umgang mit Ressourcen im hohen Anteil nachwachsender Rohstoffe in den Hamburger-Verpackungen begründet. Der diesjährige McNachhaltigkeitsbericht richtet sich vor allem an die Kunden und soll in allen Filialen ausgelegt werden. (hn)

► Der CR-Report 2014 von McDonalds als PDF: www.mcdonalds.de/documents/75202/2771485/McDonalds_CR-Report_2014_DE_Neu.pdf

► McDonald's Deutschland, Philipp Wachholz
Drygalski Allee 51, 81477 München, Fon 089/78594-446, Fax -479, presse@mcdonalds.de

+++ Abwärtstrend der Nawaro-Branche hält weiter an. Das hat eine Konjunkturumfrage ergeben, die der Branchenverband Carmen im fünften Jahr in Folge im Halbjahresrhythmus veröffentlicht. Demnach hat sich die Umsatzentwicklung unter den befragten Firmen der Bereiche Biomasse, Biogas, Biokraftstoffe und stoffliche Nutzung im Vergleich zum Jahresanfang weiter eingetrübt. Bei fast einem Viertel der Unternehmen sei der Umsatz um mehr als zehn Prozent eingebrochen. Knapp zwei Drittel hätten weniger oder gar nicht investiert, und jedes fünfte Unternehmen habe Personal entlassen. Mehr als ein Drittel der Firmen klagt über eine schlechte Auftragslage. Damit verfestigte sich der seit Beginn der Umfrage beobachtete Abwärtstrend in der Branche für nachwachsende Rohstoffe weiter, schreiben die Autoren. Die Mehrheit der Unternehmen schätzt die politischen Rahmenbedingungen als schlecht ein. (hn)

► C.A.R.M.E.N. e.V., Christine Limberger
Schulgasse 18, 94315 Straubing, Fon 09421/960-349, Fax -333, contact@carmen-ev.de

+++ E-Auto-Batterie. Das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) hat neuartiges Kathodenmaterial für Lithium-Ionen-Batterien entwickelt. Das Material erreiche eine bis zu 40 Prozent höhere Energiedichte als bisherige Materialien, sagt ZSW-Forscherin Margret Wohlfahrt-Mehrens. Zudem sei es kostengünstiger, denn es enthalte kein Kobalt, ein teures und knappes Metall, das in vielen Lithium-Ionen-Akkus steckt. Trotz der frühen Entwicklungsphase halte das Material bereits 150 Ladezyklen ohne Kapazitätsverlust durch. „Eine günstige Hochenergiebatterie, mit denen Elektroautos länger fahren können, rückt damit in Reichweite“, sagt Wohlfahrt-Mehrens. Das neue Material mache Batterien leistungsstärker, langlebiger und sicherer. (hn)

► ZSW, Tiziana Bosa, Helmholtzstr. 8, 89081 Ulm
Fon 0731/9530-601, Fax 0731/9530-666
tiziana.bosa@zsw.bw.de, www.zsw-bw.de

+++ LED-Beleuchtung an Schulen macht Kinder schlauer. Das belegt das Bundesforschungsministerium mit einer Studie, in der die Auswirkungen des LED-Lichts auf das Lernverhalten von Schülern untersucht wurde. 4 300 Pennäler und 165 Lehrer an 33 Schulen, die auf LED umgerüstet worden waren, finden die neue Technik deutlich besser als frühere Lampen, unter denen sie lernen und lehren mussten. LED-Lampen würden positiv wahrgenommen und förderten das Lernklima, heißt es in der Studie. (hn)

► www.photonikforschung.de/fileadmin/MEDIENDATENBANK/SERVICE/Publikationen/Broschüre_Schulbeleuchtung_Aktuell_bf.pdf

+++ Quecksilber in Energiesparlampen. Bereits seit September 2010 müssen Hersteller auf der Verpackung angeben, wie viel Quecksilber in ihren Energiesparlampen enthalten ist. Der Grenzwert liegt seit 2013 EU-weit bei 2,5 mg pro Lampe. „Deutliche Überschreitungen“ dieses Limits hatte die Deutsche Umwelthilfe (DUH) nach Laboranalysen in den Energiesparlampen des Leuchtenfabrikanten Brilliant festgestellt. Die DUH klagte dagegen, bekam zunächst vom Landgericht Stade Recht und nun auch in zweiter Instanz vom Oberlandesgericht Celle. Damit werde „in der Art eines Grundsatzurteils bestätigt, dass Umwelt- und Verbraucherschutzverbände die vorgegebenen Quecksilbergrenzwerte gerichtlich gegenüber den Herstellern der Produkte durchsetzen können“, sagt Rechtsanwalt Remo Klinger, der die DUH in der rechtlichen Auseinandersetzung vertrat. (tb)

► Das 18-seitige Urteil stellt die DUH als PDF zur Verfügung unter www.duh.de/uploads/media/Urteil_OLG_Celle_Brilliant_AG_191015.pdf